

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 186 (2020)

Heft: 3

Artikel: Streit um iranisches Atomprogramm : grösste Bedrohung im Nahen
Osten

Autor: Matzken, Heino

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-880728>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Streit um iranisches Atomprogramm – grösste Bedrohung im Nahen Osten

Viele heikle Themen standen auf der Agenda des Jubiläumsgipfels der NATO in London. 70 Jahre Sicherheit für das nordatlantische Verteidigungsbündnis täuschen nicht über die aktuellen Probleme hinweg. Streit um die kostspielige Finanzierung, Stärkung der Ostgrenze, interne Querelen um die Eskapaden Erdogans sowie die Suche nach einer neuen Bedrohung füllten das Programm des Treffens in der britischen Hauptstadt.

Heino Matzken

Besonders die vermeintliche nukleare Bedrohung im Nahen Osten sowie der damit verbundene interne Disput überschattet die Aussenpolitik des Okzidents. Hatten Optimisten 2015 auf die endgültige Lösung des Problems des iranischen Atomprogramms gehofft, machte spätestens US-Präsident Trump Mitte 2018 der Welt einen Strich durch die Rechnung. Im Juli 2015 einigte sich die sogenannte «5+1-Gruppe» (Russland, China, USA, Grossbritannien, Frankreich und Deutschland) mit dem Iran in Wien auf einen Gemeinsamen Aktionsplan (JCPOA, Joint Comprehensive Plan of Action). Darin akzeptierte Teheran unter anderem die Einstellung seiner Urananreicherung und verzichtete indirekt auf sein militärisches Atomwaffenprogramm. Im Gegenzug versprachen die Vertragspartner die schrittweise Aufhebung der Sanktionen bei kontinuierlicher Kontrolle durch die internationale Atombehörde (IAEA). Obwohl letztere in diversen Berichten die Konformität des Mullah-Regimes mit den Abmachungen attestierte, kündigte Donald Trump im Mai 2018 den Vertrag einseitig und stürzte die Welt und besonders seine europäischen Partner in ein schier unlösbares politisch-strategisches Dilemma. Seither suchen die restlichen Vertragspartner verzweifelt nach einer Möglichkeit der Rettung des JCPOA. Doch die aktuelle geostrategische Lage lässt die Chancen immer weiter sinken.

Auf der einen Seite erhöhte Washington den Druck, indem es seine Sanktionen auch auf europäische Unternehmen ausweitete, die mit dem «Land der Arier» Geschäfte machen. Die amerikanischen Massnahmen zeigten Wirkung. Die wirtschaftliche Situation im Land am Persischen Golf erodierte, so dass sich Präsi-

dent Rohani zu radikalen Massnahmen gezwungen sah. Zur Sanierung der Staatsfinanzen verdreifachte das Regime den vom Staat subventionierten Benzinpreis im November 2019. Die Bevölkerung re-



Moderne IR-6 Zentrifugen sind im Betrieb.

Bild: Atomic Energy Organization of Iran via AP

agierte mit gewaltsamen Massenprotesten, deren Eindämmung mehr als 300 Todesopfer sowie unzählige Verhaftungen nach sich zog. Diesen Stresstest hat Teheran zwar überstanden, aber besonders die politische Lage des gemässigten Rohani wirkt schwächer denn je.

Bedrohung durch den Iran?

Auf der anderen Seite ist eine Bedrohung der Region durch den Iran weiter nicht von der Hand zu weisen. Das Mullah-Regime bedient sich in seinem Machtpoker gegen den regionalen Konkurrenten Saudi-Arabien und die beiden Erzfeinde USA und Israel dreier unterschiedlicher Ansätze.

Zum einen verkündete die Regierung in Teheran im Sommer 2019, die bis dahin gestoppte Urananreicherung wieder aufzunehmen. Der Chef der Atomenergie-

organisation, Ali Akbar Salehi, meldete, das Land betreibe jetzt 60 «IR-6»-Zentrifugen – doppelt so viele wie bislang bekannt. Die im Vertrag zugelassenen 5060 Zentrifugen sind ein Zehntel so schnell

wie die «IR-6». Durch den Einsatz schnellerer Zentrifugen verkürzt der Iran die Zeit, um atomwaffenfähiges Material herzustellen. Darüber hinaus bestätigte die IAEA im November, dass der Iran seine unterirdische Anlage in Fordo wieder in Betrieb nahm und über mehr als die erlaubten 130 Tonnen «schweren» Wassers verfüge. Letzteres wird ebenfalls für die Uranan-

reicherung verwendet. US-Aussenminister Pompeo sprach von nuklearer Erpressung. Von der Herstellung nuklearer Waffen ist das Land noch entfernt. Doch wie lange noch?

Auch der zweite iranische «Hebel», sein Raketenprogramm, ist besorgniserregend. Die islamische Republik stellte im Zuge seines 40-jährigen Jubiläums stolz eine neue Rakete des Typs «Khorramshahr-2» vor. Neben einer präzisen Steuerung und einer Reichweite von 2000 Kilometern verfügt sie über einen 1500 kg schweren Gefechtskopf – also dreimal so schwer wie das Vorgängermodell. Eine Reichweitensteigerung auf über 3000 km ist somit technisch leicht möglich. Neben dem Hauptfeind Israel wären dann grosse Teile Europas ebenfalls mögliches Zielgebiet. Der Aufbau des iranischen Raketenarsenals geht auf den Ersten Golfkrieg gegen das Nachbarland Irak zurück. Damals

nutzten die iranischen Streitkräfte scheinbar veraltete ballistische Raketen aus Libyen und Nordkorea, um die irakischen Angriffe der Luftwaffe zu vergelten. Trotz der eingeschränkten militärischen Wirkung aufgrund der damaligen Ungenauigkeit verfügten sie über einen nicht zu vernachlässigenden psychologischen Effekt – bis heute. In den folgenden Jahrzehnten entwickelte Teheran die in Lizenz produzierten Waffen weiter und schützte sie in riesigen unterirdischen Basen vor möglichen Luftangriffen technisch überlegener Gegner. Das Arsenal an ballistischen Raketen ergänzten die Revolutionswächter durch Marschflugkörper, gegen die übliche Raketenabwehrsysteme fast wirkungslos sind. Die Abschreckung durch eine «Zweitschlagkapazität» wirkt vor allem in Israel.

Aber auch die Taktik der Nadelstiche über persisch finanzierte schiitische Proxy-Milizen in der Region, als dritter Ansatz, zeigt Wirkung. Paradebeispiel bildet die libanesische Hisbollah. Die «Partei Gottes» feuerte in dem 33-tägigen Konflikt 2006 mit dem jüdischen Nachbarn über 4000 Raketen auf das Nachbarland. Seither existiert ein Gleichgewicht des Schreckens zwischen Israels Luftwaffe und den Raketen der Hisbollah. Seit Jahren beliefert Teheran seine schiitischen «Brüder» in Jemen (Mittelstreckenrakete «Borkan-3»), in Gaza und Syrien («Qiam-1»-Rakete) oder im Irak mit Raketen. Im September 2019 reklamierten die Houthi-Rebellen einen Raketen- und Drohnen-Angriff auf die saudische Ölproduktion in Abkaik für sich. Das gewagte Manöver legte die halbe saudische Erdölförderung lahm und offenbarte eindrucksvoll die Verletzlichkeit der Region. Die Möglichkeit der Sperrung der Strasse von Hormus als wichtigste Transportachse des schwarzen Goldes bildet eine weitere Option. Das Abschreckungspotential des Mullah-Regimes weitet sich also regional aus. Eine wirksame Reaktion des Westens blieb bislang aus.

Verhinderung der iranischen Atombombe?

Nach einseitiger Aufkündigung des JCPOA scheint die «technische» Verhinderung der iranischen Atombombe nicht mehr möglich. Neben militärischen Optionen, die Israels Premierminister immer wieder andeutet, bleiben die von Trump intensivierten wirtschaftlichen Sanktionen. Erste Erfolge schienen sich im September abzuzeichnen, als das iranische

Volk gegen die katastrophale ökonomische Lage aufbegehrte. Doch kam es nicht zu einem Regimewechsel, sondern schlimmer, zur Schwächung Rohanis. Der liberale Flügel des Regimes unter seiner Führung beabsichtigte, über das Atomabkommen die wirtschaftliche Situation zu verbessern. So wollte er Zeit für eine Verwaltungsreform gewinnen. Diese Chance ist nach der Trump-Entscheidung passé. Rohani könnte im nächsten Jahr in den Wahlen von einem aggressiven rechtspopulistischen Nachfolger der Kategorie Ahmadijads besiegt werden. Ob das zu einer Entspannung in der Region führt, ist mehr als fraglich.

Vielleicht sind nun die Europäer am Zug. Statt als Zuschauer auf der Tribüne zu verweilen, könnten sie nun aktiv an einer Lösung arbeiten. Ziel des Abkommens war es – zumindest von europäischer Seite – das persische Regime mittelfristig wieder in die Staatengemeinschaft zurück zu bringen. Ob Deutschland, Frankreich und Grossbritannien jedoch bereit sind, den Preis für ein Festhalten an dem Deal zu zahlen, bleibt abzuwarten. Sowohl der Druck des übermächtigen NATO-Partners auf der anderen Seite des Atlantiks als auch das aktuelle Vorgehen Teherans in den Bürgerkriegen in Syrien und Jemen lässt ein couragiertes Auftreten des europäischen Trios kaum zu. Letztendlich scheinen auch sie von einer Weiterentwicklung von iranischen atomwaffenfähigen Raketen überzeugt. Das zeigte ihr Brief im Dezember 2019 an UN-Generalsekretär António Guterres.

Der Druck auf den Iran wächst, doch eine echte Abkehr von dessen Kurs scheint nicht zu erwarten. Zu sehr hängt die Stabilität des Regimes von einem selbstbewussten, aussenpolitischen Auftreten ab. Das medienwirksame Säbelrasseln gegen Israel, die USA oder Saudi-Arabien gehört dabei zum politischen Geschäft. Gelingt es dem Westen nicht, das 80-Millionen-Volk zurück in den Kreis der Weltgemeinschaft zu führen und dessen nuklearen Anstrengungen in die zivile Nutzung zu lenken, könnten die Spannungen in der Region schon in naher Zukunft zu unvorhersehbaren – leider auch militärischen – Reaktionen führen. ■



OTL im Generalstab
Heino Matzken
M.Sc. Ph.D
Berlin

Cyber Observer

Machen wir uns nichts vor: Schwachstellen in Computersystemen existieren und irgendwann werden sie gefunden. Im Idealfall durch den Hersteller. Im weniger idealen Fall durch einen Sicherheitsforscher mit ethischen Grundsätzen. Und im wenigsten idealen Fall durch jemanden mit böswilligen Absichten.



Wenn Sicherheitsforscher eine Schwachstelle finden, informieren sie bevorzugt den Hersteller. Dieser kann sich dann frühzeitig um eine Behebung bemühen. Und man kann eine koordinierte Veröffentlichung anstreben.

«Wieso veröffentlichen?», fragen viele Hersteller entsetzt. «Das ist schlechte Werbung!», schieben sie nach. Oftmals will man keine Veröffentlichung der Schwachstelle. Selbst dann nicht, wenn diese zeitnah und erfolgreich behoben wurde.

Dieses Verhalten ist falsch und kontraproduktiv. Der Markt und mit ihm die Kunden haben ein Recht darauf zu wissen, wenn eine Schwachstelle vorhanden ist. Es liegt schliesslich an ihnen, diese verstehen, Risiken abschätzen und adäquat reagieren zu können. Behält man Informationen zurück, werden sie ihrer Handlungsfreiheit beraubt.

Durch das Unwissen zu Schwachstellen und Risiken können eben diese nicht adressiert werden. Lücken könnten offenbleiben und durch böswillige Angreifer ausgenutzt werden. Es muss in jedem Fall im Sinn der Hersteller und der Security-Community sein, die Zeitfenster für erfolgreiche Angriffe zu minimieren.

Erfahrungsgemäss tun sich auch in der heutigen Zeit Hersteller schwer mit diesem Gedanken. Mit Händen, Füßen und Juristen wird sich gewehrt, zu den eigenen Fehlern zu stehen. Ein fachliches und ethisches Unding, das doch endlich mal überwunden werden können muss. Das Etablieren professioneller Vulnerability Disclosure Prozesse gehört nämlich in jedes moderne Unternehmen. Da gilt es keine Widerrede zu dulden!

Marc Ruef
Head of Research, scip AG